



Proteste auf dem Maidan-Platz in Kiew: Hoffnung Europa

**Einladung zur Kreismitgliederversammlung  
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Plön**

**Thema: Europa – Garant für Frieden und Stabilität ?!**

**am 17. März 2014, 19:00 Uhr**

**im Restaurant „Landhaus Schellhorn“**

**Am Berg, 24211 Preetz-Schellhorn**

## **Inhalt**

Editorial	3
Einladung zur Jahreshauptversammlung	4
Der neue Kreisvorstand stellt sich vor	5
Finanzen des Grünen Kreisverbandes Plön	6
Umwelt- und Naturschutz im Kreis Plön: Eine Bilanz zum Jahreswechsel	7
LVS-Pläne in Preetz und Plön in der öffentlichen Kritik	9
Besuch aus dem Landtag: Eka von Kalben zu Gast bei Wielener Bürgerinitiative	10
Behindertenbeirat für Preetz: Grüne unterstützen Forderung von Menschen mit Behinderung	11
Wichtige Ansprechpartner/-innen im Kreis Plön	12

## **Demo-Termine**

### **„Energiewende retten“ in Kiel**

22. März 2014, 12.00-14.00 Uhr

Auftaktkundgebung und Abschlusskundgebung auf dem Asmus Bremer Platz

Einen Ablaufplan, die detaillierte Demo-Route und Hinweise zu Parkmöglichkeiten findet ihr unter [www.energiewende-demo.de](http://www.energiewende-demo.de)

### **„2. Protest- und Kulturmeile“ am AKW Brokdorf**

26. April 2014, ab 11.55 Uhr vor dem AKW Brokdorf

Gemeinsame Anreise per Bus ab Kiel möglich – Karten gibt es ab sofort für 10 Euro Barzahlung in der Landesgeschäftsstelle. Wir versuchen, einige zur KMV mitzubringen. Bei Interesse mailt gerne auch an [joscha.john@gruene-kreis-ploen.de](mailto:joscha.john@gruene-kreis-ploen.de).

## Editorial: Wofür kämpfen die Menschen in der Ukraine?

Liebe Mitglieder, liebe InteressentInnen,

vielleicht fragt Ihr Euch, warum ich diese Frage über ein Editorial des Kreisverbandes Plön stelle? Die Antwort ist einfach: Wir stehen vor einer Europawahl. Und die Menschen in der Ukraine kämpfen für Europa! Sie wollen teilhaben an der Europäischen Union – an einem Projekt, das Europa zum ersten Mal seit mehreren tausend Jahren 70 Jahre Frieden und wachsenden Wohlstand gebracht hat.

„Aber Europa ist ein Fass ohne Boden, in das wir immer mehr einzahlen müssen!“, rufen die Rechten (AfD) und Rechtsradikalen (NPD) einschließlich des konservativen Flügels in der Union und der FDP.

„Aber Europa ist ein undemokratischer Moloch mit einer unkontrollierbaren Bürokratie!“, rufen Euro-pagegner und -skeptiker aus vielen EU-Staaten von Dänemark bis Großbritannien.

„Aber Europa ist ein imperialistisches Gebilde, das in aller Welt Krieg führt die Ausbeutung durch die internationalen Konzerne sichert!“, rufen Linke von der antikapitalistischen Fraktion in den Linken.

Ja – alle diese Kritiker haben irgendwo Recht. Aber sie erklären nicht, warum nicht nur Regierungen, sondern die Völker der Ukraine, Serbiens, der Türkei und Nordafrikas am liebsten sofort der EU beitreten würden. Tatsächlich haben die Einkommensunterschiede zwischen reichen und armen Staaten nirgendwo in der Welt so abgenommen wie in der EU – und das gilt auch für Griechenland. Tatsächlich hat die EU nur eine Mini-Armee von wenigen tausend Soldaten, die noch nie im Einsatz war. Wahrscheinlich wäre es besser, wenn die EU eine abgestimmte Außenpolitik machen würde anstatt mit 28 Stimmen zu sprechen. Und die Demokratie? Ja – die EU muss unbedingt demokratischer werden. Aber bedeutet das nicht eine Wahl der Kommission (Regierung) durch das Parlament? Und sind es nicht gerade die Kritiker, die mangelnde Demokratie beklagen, die das verhindern wollen?

Ende Februar hat das EU-Parlament den Bericht zur Troika vorgelegt. Die von Deutschland durchgesetzten Auflagen gegenüber Südeuropa haben die Situation nicht verbessert, sondern sogar verschlimmert. Vor allem haben sie dem Vertrauen von Millionen Menschen zu Europa geschadet. Was wir jetzt brauchen, ist mehr Demokratie und mehr Solidarität – natürlich auch verbunden mit klaren Regeln. Und dazu brauchen wir das Bewusstsein, dass wir ein gemeinsamer Kontinent sind. Viele junge Menschen können sich gar nicht mehr vorstellen, dass es noch vor einer Generation in Europa Grenzkontrollen gab, dass es blutige separatistische Kriege nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Nordirland, dem Baskenland und Südtirol gab.

Der Stimme der Grünen als Streiter für ein friedliches soziales und demokratisches Europa muss im kommenden Wahlkampf gegen alle Skeptiker und rückwärts gewandten Nationalisten laut zu hören sein. Dafür schlägt mein Herz. Dafür bitte ich Euch, mit zu wirken.

Euer Karl-Martin

## **Einladung zur Kreismitgliederversammlung Thema: Europa – Garant für Frieden und Stabilität ?!**

**am Montag, 17. März 2014, 19:00 Uhr**

**im Restaurant „Landhaus Schellhorn“**

Am Berg, 24211 Preetz / Schellhorn

Als Referent kommt unser grüner Staatssekretär im Finanzministerium Thomas Losse-Müller – er wird insbesondere auf die Finanz- und Eurokrise und auf das geplante und von uns bekämpfte Handelsabkommen mit den USA „TTIP“ eingehen.

Tagesordnung der KMV:

1. „Europa – Garant für Frieden und Stabilität ?!“ mit Thomas Losse-Müller, Marret Bohn (parlamentarische Geschäftsführerin im Landtag) und Zeit zur Diskussion
2. Europa-Wahl – Planung, Informationen und Aussprache
3. Satzungsänderung
4. Verschiedenes

### **Antrag auf Satzungsänderung**

#### **Bisherige Fassung § 6 Beendigung der Mitgliedschaft, Absatz 3:**

Ist ein Mitglied mit mehr als 12 Monatsbeiträgen im Rückstand, so kann der Kreisvorstand dies als Austritt werten, wenn er die Zahlung des Beitrages 2-mal vergeblich angemahnt hat und auf die Konsequenz hingewiesen hat.

#### **Vorschlag Neu-Fassung §6 Absatz 3:**

Ist ein Mitglied mit mehr als 12 Monatsbeiträgen im Rückstand, so kann der Kreisvorstand den Ausschluss des Mitglieds beschließen. Hierfür bedarf es der vorherigen Setzung einer angemessenen Zahlungsfrist für zumindest einen Monatsbeitrag. Der Vorstand kann den Ausschluss nur beschließen, sofern innerhalb der Frist nicht wenigstens die Zahlung eines Monatsbeitrags erfolgt und wenn im Mahnschreiben auf diese Rechtsfolge hingewiesen worden ist.

#### **Begründung:**

Eine Austrittsfiktion ist ein juristisch gewagtes Konstrukt. Ein Austritt kann nur durch vom eigenen Willen getragene Erklärung erfolgen – ein nicht-gewollter „Austritt“ ist ein Ausschluss. Entsprechend ist das Verfahren zu regeln und zu benennen.

Der Landesverband hat daher seine Satzung entsprechend geändert und empfiehlt den Kreisverbänden, nachzuziehen.

Antragsteller: Joscha J. John als Kreisgeschäftsführer

## Der neue Kreisvorstand stellt sich vor

Auf unserer Jahreshauptversammlung am 16. September in Selent haben wir einen neuen Kreisvorstand gewählt. Auf dem Foto findet Ihr uns von rechts nach links.



Vorsitzende: Monika Friehl – Agraringenieurin aus Heikendorf, arbeitet in einem internationalen Biolebensmittelgroßhandel. Sie ist zuständig für Kontakte zu Organisationen und Bürgerinitiativen, für die Themen Umwelt und Landwirtschaft und für die Ortsverbände Heikendorf und Schönkirchen.

Vorsitzender: Karl-Martin Hentschel – Autor aus Heikendorf. Er ist zuständig für die Koordinierung der Arbeit, den Informationsverteiler, die Betreuung der Ortsverbände, die Aufnahme von Mitgliedern und den Ortsverein Bokhorst-Wankendorf.

Schatzmeister: Wolfgang Boppel – Diplom-Physiker, ehemaliger Entwicklungschef und Geschäftsführer in der graphischen Zulieferindustrie. Er ist zuständig für die Finanzen, Grafische Gestaltung von Informationen und unsere Homepage sowie den Ortsverband Preetz und Umgebung.

Geschäftsführer: Joscha John – Student aus Lütjenburg. Er ist zuständig für die Organisation, die Mitgliederverwaltung und die Wahlkämpfe. Joscha ist als Geschäftsführer nicht Mitglied des Kreisvorstandes – sondern arbeitet für diesen – und übrigens auch für die Kreistagsfraktion.

Beisitzerin: Andrea Danker-Isemmer – Lehrerin aus Lütjenburg. Sie ist zuständig für die Themen Bildung und Kinderbetreuung und für den Ortsverband Lütjenburg und Umgebung.

Beisitzer: Michael Meggle – Ingenieur aus Laboe. Er ist zuständig für Mitgliederwerbung, die Themen Wirtschaft und Verkehr sowie die Ortsverbände Probstei und Schwentimental.

Beisitzerin: Susanne Elbert – Rechtsanwältin aus Martensrade. Sie ist zuständig für Pressebetreuung, die Themen Kultur und Soziales und für die Ortsverbände Selent, Grebin sowie Plön und Umgebung.

## Finanzen des Grünen Kreisverbandes Plön

Liebe grüne Mitglieder und Aktive,

das Jahr 2013 war durch zwei große Wahlen gekennzeichnet. Dies spiegelt sich natürlich in unseren Finanzen wieder. Das Jahr 2013 ist das erste Jahr, in dem der relativ „arme“ Kreisverband Plön die magische Grenze von 50.000€ auf der Ausgaben- und Einnahmenseite deutlich überschritten hat.

Für die beiden Wahlkämpfe waren ca. 20.000€ an Ausgaben geplant: tatsächlich ausgeben haben wir fast 25.000€. Dass wir dennoch besser als geplant das Finanzjahr abschließen konnten, liegt daran, dass wir deutlich mehr Mitglieder in 2013 und damit ca. 2.000€ mehr Beiträge als in 2012 und vor allem deutlich mehr Spenden und Mandatsträgerabgaben als geplant bekommen haben. Wir sind gestartet mit einem Plan von ca. 5.500€ an Spenden, Überlassungsspenden und Mandatsträgerabgaben und verzeichnen im Abschluss einen Betrag von fast 17.500€, als mehr als das Dreifache des Planwertes.

Wir vom Vorstand bedanken uns bei allen Spenderinnen und Spendern, bei allen Vertreterinnen und Vertretern in den Gemeinderäten und im Kreistag recht herzlich. Nur durch die Mitgliedsbeiträge und die großzügigen Spenden und Abgaben können wir die wirkungsvollen Wahlkämpfe finanzieren.

Euer Wolfgang  
Schatzmeister des KV Plön

### Doppelhaushalt 2014 und 2015, v. Abschluß 2013, Ausblick 2015-2018

Jahr	Vollzug / Abschluß 2012	Neu-Plan 2013	IST 2013	Vorläufiger Abschluß 2013	Kommentare zum Forecast	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018	Kommentare Plan 2017
	per 07.2013	per 18.01.2013	per 30.01.2014	Stand 02.03.2014		per 24.09.2013	per 24.09.2013	per 24.09.2013	per 24.09.2013	per 24.09.2013	
<b>Reinvermögensvortrag 01.01.</b>	15.966	8.996	10.241	10.241		9.269	9.369	17.219	25.819	18.419	
<b>Wahlen:</b>		<b>KoW BTW</b>				<b>EPW</b>			<b>LTW 2017 BTW 2017</b>	<b>KoW 2018</b>	
<b>Einnahmen</b>											
1. Mitgliedsbeiträge	22.020	22.000	24.066	24.074		22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	
2. Mandatsträgerabgaben	2.726	2.500	5.917	6.155		3.500	3.500	3.500	3.500	3.500	
3. Geldspenden	2.084	1.500	1.946	2.236		1.000	1.000	1.500	2.000	1.500	Spende 2017 +500€
4. Spenden - Auslagenverzicht	4.599	1.500	2.075	8.969		1.000	1.000	1.500	2.500	1.500	Verzicht 2017 +1000€
5. Grundfinanzierung - Bund	9.235	9.000	10.588	14.118		8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	Wahlkampfjahr immer
6. Grundfinanzierung - Land	2.593	3.000				3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	erhöhte Spenden
7. Zuschüsse/Zinsen vom LV		0				0	0	0	0	0	
8. Zuschüsse von Anderen	1.372	0				0	0	0	0	0	
9. Erstattungseinnahmen	1.200	1.200	550	1.200		1.200	1.200	1.200	1.200	1.200	
10. Sonstige Einnahmen	130		300	850		0	0	0	0	0	
<b>Gesamt -Einnahmen</b>	<b>45.960</b>	<b>40.700</b>	<b>45.442</b>	<b>57.602</b>		<b>39.700</b>	<b>39.700</b>	<b>40.700</b>	<b>42.200</b>	<b>40.700</b>	
<b>Ausgaben</b>											
11. Personalkosten	9.114	9.200	8.924	9.552		9.500	9.750	10.000	12.500	12.500	
12. Honorare/ ab 2012 -SchulungenKoPol											
13. Bankgebühren											
14. Sachausgaben lfd. Geschäftsbetrieb	1.457	1000	850	1598		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	
15. Miete KGSt											
Sachausgaben allg. pol. Arbeit	10.388	5000	4338	9991		8.000	10.000	10.000	5.000	10.000	alle Wahlkämpfe = 32.500€
16. Gremienarbeit											
17. Öffentlichkeitsarbeit											
18. Wahlen	19.796	11.000	19.578	24.537	KoW +BTW - EPW	7.500	0	0		11.000	KoW 2018
Risiko Wahlkampf a 1.000€ pro WK		4.000									
19. WK - Personalkosten extra		2.000				1.500			1.000	1.000	Puffer 2017/2018
		800				1.000			1.000	500	WK Teams 2017/2018
20. Zuschuss an Andere		300				300	300	300	300	300	
21. Beitragsanteile - Bund	3.986	3.650	3.466	4.689		3.650	3.650	3.650	3.650	3.650	
22. Beitragsanteile - Land	4.689	4.480	4.077	5.517		4.480	4.480	4.480	4.480	4.480	
23. Beitragsanteile - GJ		300				300	300	300	300	300	
24. Dienstleistungsvertrag Buchhaltung	1875	2.000	1.586	2097		2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	
25. Zuschüsse u. Umlagen LV	380	300	175	593		300	300	300	300	300	
26. Sonstige Ausgaben		100				70	70	70	70	70	
Kommunalseminar			0								
<b>Gesamt -Ausgaben</b>	<b>51.685</b>	<b>46.130</b>	<b>42.994</b>	<b>58.574</b>		<b>39.600</b>	<b>31.850</b>	<b>32.100</b>	<b>49.600</b>	<b>47.100</b>	
<b>Gewinn-und Verlust</b>		-5.430	2.448	-972		100	7.850	8.600	-7.400	-6.400	
<b>Reinvermögen per 31.12.</b>	10.241	3.566	12.689	9.269		9.369	17.219	25.819	18.419	12.019	



## Umwelt- und Naturschutz im Kreis Plön: Eine Bilanz zum Jahreswechsel

Zwei Artikel in der Ostholsteiner Zeitung (Regionalausgabe der Kieler Nachrichten) am 28. Dezember des zurückliegenden Jahres verdienen es, in einen Zusammenhang gebracht zu werden:

Die ganzseitige Berichterstattung über den Knik e.V.: „Viel bewegt, nicht alles erreicht“ sowie zum Planungsstand der Wohnbebauung Seewiesen: „Schwere Geschütze: Kreis torpediert Seewiesen-Pläne“.

Das Ende des Knik e.V. in Schwentinental und das vorläufige Aus für den Planungsverband Seewiesen in Plön und Rathjensdorf haben vordergründig nichts miteinander gemeinsam. Sie markieren aber einen wichtigen Meilenstein im Landschaftsschutz im Kreis Plön.



Der Saldo des Landschafts- und Naturschutzes der 25-jährigen Tätigkeit des Vereins „Koordination Natur im Kreis“ fällt durchweg positiv aus. Die vielen getätigten Maßnahmen (Amphibienteiche, Weidelandschaften und Knickpflege) haben das Landschaftsbild erhalten und die Natur nachhaltig gefördert.

Die Bemühungen des Planungsverbandes Seewiesen, im Vorfeld der Kreisstadt ein umfangreiches Siedlungsbauvorhaben in ein Landschaftsschutzgebiet zu integrieren (Deckname: „Seewiesen“), sind vorläufig ausgebremst; Landschaft und Natur im Bereich Trammer und Kleiner Plöner See bleiben dort zunächst geschützt.

Während in Schwentinental ehrenamtliches Engagement dauerhaft viel Gutes bewirkt hat, letztlich aber auch als Folge des Versiegens der finanziellen Zuflüsse die humanen Ressourcen erschöpft sind, hat in Plön/Rathjensdorf auch bürgerschaftliches Engagement mit dazu beigetragen, dass eine Urbanisierung im Landschaftsschutzgebiet bisher abgewendet werden konnte.

Der Kreis hat auf Geheiß der Kreistagsmehrheit in der Vergangenheit die wenigen und geringfügigen freiwilligen finanziellen Leistungen zugunsten des Umwelt- und Naturschutzes und der Agenda 21 auf Null gefahren. Jüngst hat sich jetzt die Kreisverwaltung in beeindruckender Weise gegen die Investitionsmaßnahme „Seewiesen“ gesperrt, die bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung defizitär ausfallen muss. Diese Einstellung kann durchaus als revolutionär bezeichnet werden und ist vermutlich auch dem neuen Wind in der Leitung der Kreisverwaltung zuzuschreiben. Unter dem vormaligen Landrat wäre das Verfahren sicherlich anders verlaufen. Man erinnere sich an die Entlassung des Aubrook in Klausdorf/Schwentinental aus dem Landschaftsschutzgebiet zum Zwecke der Wohnbebauung im Jahr 2008. Die grüne Kreistagsfraktion hatte diese Maßnahme bis zuletzt angeprangert, konnte sie aber nicht verhindern, da es sich um eine Verwaltungsentscheidung handelte. Auch im Falle der „Seewiesen“ haben wir von Beginn an und öffentlich wahrnehmbar gegen das Planungsvorhaben argumentiert und die Bürgerinitiative und den NABU unterstützt. Wir sehen uns jetzt in unserer Auffassung durch die Kreisverwaltung bestätigt. Viele Diskussionsbeiträge haben verdeutlicht, dass die Planungen letztlich nur den Investoren helfen, schnelles Geld zum Nachteil des Landschaftsschutzes zu machen.

Aber auch ein weiteres Ereignis verdient in diesem Zusammenhang Beachtung:

Ebenfalls im Dezember des zurückliegenden Jahres hat der Kreistag in seiner letzten Sitzung 2013 auf Initiative der grünen Fraktion und mit Unterstützung von FWG, SPD und dem linken Abgeordneten beschlossen, dass der Vertrag mit den Naturschutzverbänden zum Betreiben der vier Natur-, Umwelt-

und Abfallberatungsstellen im Kreis für fünf Jahre mit einer hinreichenden Finanzierung verlängert wird.

Und hier schließt sich der Kreis der Betrachtung: 25 Jahre lang hat der knik e.V. nicht nur aktiv Naturschutz betrieben, sondern auch die Beratungsstelle in Raisdorf/Schwentinal unterhalten, die künftig vom BUND-Landesverband getragen wird.

Der ausscheidende Umweltberater Walter Ehlers und das (grüne) Vorstandsmitglied Heinz Schwarze verdienen für diese langjährigen Tätigkeiten und ihr persönliches Engagement unsere ungeteilte Anerkennung und Respekt!

Zu guter Letzt erfolgte nach dem Jahreswechsel die Veröffentlichung des Netzentwicklungsplanes Strom (NEP) 2013 durch die Bundesnetzagentur. Er bestätigt mit der Maßnahme M48 den Ausbau der Trasse Göhl (OH) – Lübeck ab 2021; die Maßnahme M47 hingegen, also die Planung einer Trasse Göhl – Kiel, wird nicht bestätigt. Das ist ein erster und wichtiger Teilerfolg derjenigen, die in dieser Trasse, die den Kreis Plön von Lütjenburg bis Schwentinal durchschneiden würde, keine Notwendigkeit erkennen.

Diese Entscheidung folgt der Resolution des Kreistages vom April 2012, einen Nachweis für die Notwendigkeit der Trasse durch den Kreis Plön zu erbringen; diesen Nachweis hat der Netzbetreiber TenneT bisher nicht beibringen können.

Vor dem Hintergrund der beschlossenen und notwendigen Energiewende ist der Ausbau der Stromnetze eine große Herausforderung für die Gesellschaft und verlangt zügige Realisierung, damit der Strom aus regenerativer Erzeugung aus Ostholstein nach Süden abtransportiert werden kann.

Es ist zu erwarten, dass die Fortschreibung der Maßnahmen auch im Netzentwicklungsplan Strom 2014 dieser Forderung gerecht wird, um Mensch und Natur im Kreis Plön vor nicht zwingend notwendiger Landschaftszerschneidung zu bewahren.

Auch hier verdient das bürgerschaftliche Engagement der Initiative „Unter Hochspannung“ unter Leitung von Malte Graf großen Respekt und Anerkennung!

Für den Umwelt- und Naturschutz sind sowohl die Arbeit der Kreisbehörden in Auftragsverwaltung des Landes als auch die ehrenamtlichen projektbezogenen Leistungen unverzichtbar. Unverzichtbar sind allerdings auch die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements sowie die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Realisierung von Projekten.

Umwelt- und Naturschutz gibt es nicht zum Nulltarif!

*Gerd Dreßler*



## LVS-Pläne in Preetz und Plön in der öffentlichen Kritik

Die Landesweite Verkehrsservicegesellschaft (LVS) plant, dass der Regionalexpress zwischen Lübeck und Kiel in weniger als einer Stunde verkehren soll. Aber diese Schnelligkeit hat ihren Preis: Der Regionalexpress würde nur noch in Eutin, Malente-Gremsmühlen und Plön halten. Die Kreuzungspunkte mit entgegenkommenden Zügen auf der eingleisigen Strecke wären Pönitz, Malente-Gremsmühlen und Ascheberg. Deshalb müsste der Regionalexpress von Plön aus kommend ohne Halt in Ascheberg und Preetz nach Kiel durchfahren, um die 26,7 km zwischen dem Kreuzungspunkt in Ascheberg und dem Kieler Hauptbahnhof in einer Viertelstunde zu schaffen.



Die beiden größten Städten unseres Kreises, Preetz und Plön, wären damit nur noch durch die stündlich verkehrende Regionalbahn verbunden, obwohl zwischen diesen beiden Städten beispielsweise Schüler weiterführender Schulen hin- und herpendeln.

Bei vielen Fahrgästen regt sich zu Recht Unmut gegen die Pläne der LVS. Die Preetzer Grünen haben sich dieses Themas im November letzten Jahres bei einer erweiterten Fraktionssitzung mit einem Fahrplanexperten sowie Vertretern der Preetzer SPD und der Plöner Grünen angenommen.

Dabei haben wir unser Ziel formuliert, das da heißt: Verlässlicher Halbstundentakt mit durchgehenden Zügen zwischen Lübeck und Kiel sowie möglichst eine Ergänzung mit Pendelzügen zwischen Preetz und Kiel.

Verlässlichkeit heißt auch, zu gewährleisten, dass Anschlusszüge im Kieler Hauptbahnhof nicht verpasst werden, wenn sich ein einfahrender Zug um einige Minuten verspätet. Nach den LVS-Plänen würde dort der Regionalexpress aus Lübeck 1 Minute vor der vollen Stunde ankommen. Die Regionalexpress-Züge in Richtung Hamburg und Husum würden um 4 Minuten nach der vollen Stunde abfahren. 5 Minuten zum Umsteigen sind zu wenig, zumal es ohnehin keinen zeitlichen Puffer gibt, wenn der Regionalexpress in knapp einer Stunde von Lübeck nach Kiel kommen soll.

In der Preetzer Stadtvertretung konnte schnell Einigkeit darüber hergestellt werden, dass die Pläne der LVS den Interessen der Städte Preetz und Plön zuwider laufen. Es zeigte sich bei den anderen Fraktionen indes auch, dass es leichter ist, nur gegen etwas zu sein, als für eine gute Alternative einzutreten.

Darüber mag man sich in der CDU und in den Wählergemeinschaften keine Gedanken machen. Es wird versucht, das Thema mit dem Argument herunterzuspielen, dass es doch sowieso egal sei, was man in Preetz und Plön denkt – entschieden werde in Kiel. Da unterschätzen die CDU und die Wählergemeinschaften aber den Politikstil der rot-grün-blauen Landesregierung. Die Gutsherrenart aus der schwarz-gelben Ära hat ausgedient. Nun wird nicht mehr über die Betroffenen hinweg regiert, sondern auf sie gehört, wenn sie denn gehört werden wollen und gute Argumente vorbringen.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses für diesen Mitgliederrundbrief (Ende Februar) wissen wir noch nicht, ob sich die Preetzer Stadtvertretung in ihrer Sitzung am 4. März für einen verlässlichen Halbstundentakt mit durchgehenden Zügen zwischen Lübeck und Kiel aussprechen wird. Aber wie auch immer die Beschlussfassung am 4. März ausgefallen sein wird: Die Menschen, die mit der Bahn unterwegs sind, sollen wissen, dass ihre Interessen bei den Grünen gut aufgehoben sind. Das werden wir gegebenenfalls auch durch eine Flugblatt-Aktion auf dem Preetzer Bahnhof deutlich machen.

*Henning von Schöning*

## Besuch aus dem Landtag: Eka von Kalben zu Gast bei Wielener Bürgerinitiative

Wie in vielen anderen Orten Schleswig-Holsteins auch, soll im Wahlstorfer Ortsteil Wielen eine Hähnchenmastanlage für ca. 40.000 Tiere errichtet werden. Die geplante Mastanlage weckt aus verschiedenen Gründen den Unmut zahlreicher BürgerInnen. Der Bürgerinitiative „Kikerifrie“ ist es gelungen, die Ablehnung des Projektes über alle Parteigrenzen hinweg zu organisieren.

Am Samstag, den 01.02.2014, fand sich unsere Landtags-Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben zu einem Gespräch im örtlichen Landgasthof „Alte Schule“ ein, um das Thema auf die landespolitische Bühne zu tragen. Insgesamt 15 BI-Mitglieder - darunter zwei Gemeindevertreter - nutzten die Gelegenheit des Dialogs und machten ihren Unmut Luft. Obwohl eine Verhinderung des Projekts mit juristischen Mitteln inzwischen nahezu ausgeschlossen scheint, möchte die BI vor allem erreichen, dass die umfangreichen Bedenken der Gemeindevertretung ernst genommen und behördliche Auflagen regelmäßig und engmaschig überprüft werden.



Eka zeigte sich an dem Nachmittag bestens vorbereitet und ging auch auf die Frage ein, warum durch eine grüne Regierungsbeteiligung derartige Projekte noch immer nicht zu verhindern sind. Sie versprach, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen einzusetzen. Hierzu zählt sie vor allem auch die Stärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene.

*Martin Drees*

## Ein Behindertenbeirat für Preetz: Grüne unterstützen Forderung von Menschen mit Behinderung

Im Rahmen einer Veranstaltung in der Reihe „Grüner Dialog“ auf Einladung der Preetzer Grünen fanden sich am 12. November 2013 im psychosozialen Zentrum „Speicher“ in Preetz ca. 30 Menschen mit unterschiedlichsten Handicaps sowie deren Angehörige und/oder BetreuerInnen ein, um mit KommunalpolitikerInnen ihre Wünsche und Anliegen zu diskutieren. Mit dabei waren RollstuhlfahrerInnen, Blinde, Hörgeschädigte, psychisch Erkrankte sowie Eltern behinderter Kinder der Schule am Kührener Berg.

In einer ausgesprochen engagierten und lebhaften Diskussion schilderten die Betroffenen vielfältige Situationen, in denen sie bestehenden gesellschaftlichen Vorurteilen, aber vor allem auch Entscheidungen von Politik und Verwaltung immer wieder hilflos ausgeliefert sind.

Wesentliches Ergebnis des Abends: Als größte Stadt im Kreis Plön mit zahlreichen zentralen Einrichtungen (z.B. Wohnheime, Schule, WfbM, Brücke) braucht Preetz dringend ein Forum, in dem die Betroffenen sich gegenüber Politik und Verwaltung einbringen können. Einhellig gefordert wurde ein Beirat, in dem die unterschiedlichen Ausprägungen von Behinderung Berücksichtigung finden.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus VertreterInnen der Grünen Stadtfraktion und des Ortsverbandes ist gegenwärtig dabei, unter Einbindung der Betroffenen sowie von örtlichen Facheinrichtungen eine Satzung für einen Behindertenbeirat zu erarbeiten und einen entsprechenden Antrag für die Stadtvertretung vorzubereiten. Am Ende dieses Prozesses soll die Stadt Preetz über Beteiligungsstrukturen verfügen, die eine volle Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen sicherstellen, die sich nicht nur auf

bauliche Maßnahmen bezieht, sondern vor allem auch die gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt stellt.

*Martin Drees*

## **Bewegte Zeiten in der Probstei – doppelte Kraft für Grün!**

### **Sind sich die GRÜNEN in Laboe nicht grün?**

„Wieder ein Novum aus Laboe!“, scheint die kommunalpolitische Gemengelage in Laboe kommunizieren zu wollen. Nicht nur dass dieser Ort mit knapp 5000 Einwohnerinnen und Einwohnern durch die sechs Überhangmandate 25 Gemeindevertreterinnen und -vertreter aufweist, sie teilen sich auch noch in sechs verschiedene Fraktion auf. Neben 2x GRÜNE (Grüne Fraktion Laboe und Grüne Aktive Laboe) werben auch SPD, CDU, Wählergemeinschaft und „Wir-für-Laboe“ um Mehrheiten.

Ursächlich für die Trennung innerhalb der GRÜNEN aus Laboe sind zwei grundunterschiedliche Politikansätze, welche nun miteinander konkurrieren. Ob die beiden Lager nun konstruktiv, kooperativ, konsensbetont oder kontrovers ihre Themen hervorheben, bleibt abzuwarten.

Wichtig für den OV Probstei mit seinen Interessierten und Mitgliedern, den Wählerinnen und Wählern und letztlich für die zukünftige Ausrichtung einer GRÜNE Politik für Laboe ist die sachliche Auseinandersetzung mit dem Themen im Ort. Die Problemstellungen in Laboe sind vielfältig und wahrscheinlich mit denen anderen Kommunen vergleichbar. Ein schwacher Haushalt, hohe Belastungen und drohende demographische Effekte machen lokale Aufgaben wie nachhaltige Daseinsvorsorge, Bildung und die energetische Sanierung nicht leichter.

In Laboe dürfen beide Fraktionen nun beweisen, welcher Weg für die Laboerinnen und Laboer ansprechender ist. Sicher ist, dass beide Fraktionen in der Zielsetzung für Laboe nicht weit auseinander liegen, und somit bei vielen Abstimmungen über Sachthemen durchaus übereinstimmen werden. Vielleicht erschließt die Trennung tatsächlich neue Möglichkeiten und stellt sich gestaltender dar, als es zunächst wirken mag. Sehen wir der Entwicklung in Laboe positiv entgegen. Frei nach dem Motto: „Viele Wege führen nach Rom“.

### **GRÜNE Sachthemen in Laboe**

Es gibt aber auch durchaus rundum gute Nachrichten aus Laboe. So wird nun über die Frage nach dem Erhalt der Meerwasserschwimmhalle (MWSH) durch ein angeschobenes Bürgerbegehren und dem folgend einem Bürgerentscheid durch die Laboer Einwohnerinnen und Einwohner entschieden. Basisdemokratisch und nur durch die Gesetzesänderung im Jahr 2013 so möglich geworden, werden die LaboerInnen nun an die Wahlurnen gehen dürfen. Wir sind gespannt, welches Ergebnis für die MWSH dabei herauskommt.

### **...und in der Probstei**

Weiterhin wollen wir als GRÜNE in der Probstei eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger anstoßen. Indem wir zum Beispiel einen Bürger„workshop“ zum Thema *Attraktivitätssteigerung der Fußgängerzone* in der Gemeindevertretung Laboe beantragt haben. In Schönberg wird dieses Konzept des Bürgerdialoges ebenso verfolgt, um mit möglichst vielen Ideengebern einen breiten Lösungsansatz zu erreichen. Zu diesen Beratungen müssen die Rathäuser nun nur noch einladen.

Weiterhin sollen verschiedenen Veranstaltungen zum Thema Tourismus, Gastronomie und Klimaschutz folgen. Gerade das Thema *Klimaschutz ist Küstenschutz ist Strandschutz* hat in Laboe, mit seinem wunderbaren Sandstrand, besondere Bedeutung. Hier muss die lokale Politik, gemeinsam mit weiteren Akteuren, die Bevölkerung weiter sensibilisieren.

Freuen wir uns auf einen ideenreichen Sommer des Dialoges!

*Michael Meggle*